



Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Mittwoch, den 27. Juli 1887.

Nr. 344.

Abonnements-Einladung.

Wir eröffnen hiermit ein neues Abonnement auf die Monate August und Sept. für die einmal täglich erscheinende Pommersche Zeitung mit 1 Mark, für die zweimal täglich erscheinende Stettiner Zeitung mit 1 Mk. 34 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten an.

Die Redaktion.

Ein neuer Putz in Ruffschul?

In der Nacht vom Montag auf Dienstag hat sich in Ruffschul ein Vorfall zugetragen, der zwar noch nicht hinreichend aufgeklärt ist, der aber unlegbar eine gewisse Ähnlichkeit mit jenem im April versuchten Militär-Putz hat, der von den Regentenschaft trenn gebliebenen Truppen blutig niedergeschlagen wurde und sodann in der Hinrichtung von acht Rädelshörnern ein blutiges Nachspiel hatte; dem „B. T.“ liegen folgende Privatdepeſchen vor:

Ruffschul, 26. Juli, 1 Uhr früh. Vor einer Stunde rückte, begünstigt durch Sturm und Plazregen, eine bewaffnete Bande gegen das hiesige Staatskassengebäude heran und lieferte eine förmliche Schlacht mit der daselbst befindlichen Wache. Nach heftigem Gewehrfeuer, das auf beiden Seiten fünf Minuten andauerte, mußten die Attentäter das Feld räumen, da Polizeimannschaft den Kassengewächtern zur Hülfe kam. Sobald diese auf dem Plage erschien, ward die Ruhe wiederhergestellt. Polizei und Militär durchziehen jetzt die Straßen.

Ruffschul, 26. Juli, 2 Uhr früh. Niemand von den Attentätern wurde gefangen genommen; es scheint, daß dieselben Unterstützung und Zuflucht in benachbarten Häusern gefunden haben. Allgemein herrscht der Glaube vor, es sei ein zweiter Putz vorbereitet gewesen; nur durch schnelles Eingreifen der Gendarmen wurde derselbe vereitelt.

Ruffschul, 26. Juli, 3 Uhr früh. Polizeifolddaten durchziehen fortwährend bei Fackelschein Ruffschuls Straßen, bisher ohne Erfolg; noch ist es stockfinster, Sturm und anbauender Regen erschweren die Nachforschungen. Ganz Ruffschul ist auf den Beinen, die Bevölkerung ist durch das Gewehrfeuer aus dem Schlaf geweckt, die Aufregung ist groß.

Ruffschul, 26. Juli, 6 Uhr 15 Min. früh. Die Stadt ist ruhig. Der Regen hat aufgehört, nur wenige Neugierige befinden sich am Thortore, die übrige Bevölkerung hat sich vorsichtshalber in ihren Häusern eingeschlossen. Erst jetzt bei Tagesanbruch erscheint ein Ueberblick der Situation möglich. Der Angriff auf das Staatskassengebäude geschah von rückwärts und nicht von der Frontseite. Dasselbe liegt nämlich am Ringplatz und ist ein neues, schönes, im Renaissancestil ausgeführtes Hochparterre-Haus, 80 Schritt vom Präsekturbau entfernt, wo auch die Polizei untergebracht ist. Deswegen wurde auch zum Angriff die rückwärtige Hofseite erwählt, um die Aufmerksamkeit der Polizei nicht zu erregen. Der Schußwechsel war dennoch, trotz Sturm und Regen, hörbar, nur konnte man die Vorgänge hinter dem Kassengebäude nicht sehen. Der Wachtposten vor dem Präsekturbau gab vier blinde Alarmschüsse ab, um seine in der Hauptwache schlafenden Kollegen zu wecken; dieselben rückten sofort mit 50 Laternen aus, da man wegen der herrschenden Dunkelheit keinen Schritt vorwärts sah. Durch diesen hellen Laternenschein wurden die Angreifer verſcheucht, ohne jedoch von der Hülfsstruppe verfolgt zu werden, da jedes einzelne Frontthor des Kassengebäudes während der Nacht immer versperrt ist und die Hülfsstruppe nicht sofort ins Gebäude eindringen, sondern erst auf Umwegen dorthin gelangen konnte, als der ganze Platz bereits geräumt war. Jetzt ist am Kassengebäude, außer den durchgeschossenen Fenstern, kein anderer Schaden bemerkbar. Ebenso erlitt der Wachtposten vor dem Kassengebäude, dank seiner gedachten Stellung und der unbeschreiblichen Finsternis, keinen Schaden. Die Attentäter scheinen ebenfalls ohne Schaden davongekommen zu sein, da Niemand am Plage zurückgelassen wurde.

Ruffschul, 26. Juli, 11 Uhr Vorm.

Der bei dem Staatskassengebäude stehende Wachtposten sagte zu Protokoll aus: Vor Mitternacht, als Sturm und Regen am stärksten wütheten, hörte ich hinter der Hofumzäunung ein Geräusch, dann sah ich sich bewegende Gestalten, deren Aussehen und Zahl wegen der Finsternis nicht erkennbar war. Ich rief: Wer da? Statt der Antwort wurde aus mehreren Gewehren auf mich geschossen, worauf ich zurückschloß. Von dem an der zweiten Ecke stehenden, mir zur Hülfe herbeigeeilten Wachtposten wurde ebenfalls Feuer gegeben. Wir schossen acht Mal hintereinander. Hierauf blieb einige Augenblicke Ruhe, dann wurden wieder einige Schüsse abgegeben, welche die Fenster des Gebäudes durchlöcherten. Unterdeſſen wurden im Lampenschein die heranrückenden Wachtposten bemerkbar. Die Angreifer verschwanden hierauf im Dunkel der Nacht. Alles das dauerte nur drei bis fünf Minuten.

Dieses Ereignis ist wieder eine Mahnung für die europäische Diplomatie, endlich das bulgarische Loch zu verstopfen. Der geringste derartige Vorfall kann unabsehbare Folgen haben, und so lange in Bulgarien keine dauernde Neuordnung der Dinge Platz gegriffen hat, scheinen blutige Unruhen nicht ausbleiben zu sollen. Inzwischen ist die diplomatische Lage im Wesentlichen unverändert, wie sich aus folgendem Telegramm ergibt:

Ich erfahre, daß Prinz Ferdinand von Koburg kürzlich sämtlichen Unterzeichnern des Berliner Vertrages sein Festhalten an dem gesetzlichen Standpunkte offiziell notifizirt und dabei auch jene Gerüchte widerlegt, daß er eventuell das Fehlen der Zustimmung einzelner Mächte ignoriren und auf illegalem Wege den bulgarischen Thron bestiegen könnte. Die Verhandlungen zwischen dem Prinzen und der Regentenschaft ergaben, daß letztere vorläufig keine weiteren Schritte unternehmen wird. Damit wären neue bulgarische diplomatische Zwischenfälle einweilen vertagt, gleichwohl erscheint die kobergische Kandidatur kaum aussichtsvoller als bisher.

Daß man auch in Konstantinopel die Kandidatur des Koburgers als gänzlich abgethan betrachtet, beweist ein von dort zugehendes Privattelegramm, welches die interessante Meldung enthält, daß die Pforte schon in nächster Zeit wegen der bulgarischen Thronfrage einen neuen Schritt bei den Großmächten unternehmen wird. Vielleicht steht dieser Entschluß der türkischen Politik nicht ganz außer Zusammenhang mit der Einberufung der großen Sobranje, welche, wie ein Privattelegramm aus Sofia berichtete, in ungefähr sechs Wochen erfolgen dürfte.

Deutschland.

Berlin, 26. Juli. Der Handfertigkeitsunterricht, dem man bei uns in Deutschland eine besondere Aufmerksamkeit zuwendet, erhält eine immer weitere Verbreitung, indem man auch in anderen Staaten die Wichtigkeit dieser „Erziehung zur Arbeit“ erkennt und dieser Bewegung von amtlicher Stelle die erforderliche Unterstützung verleiht. Von Schweden ausgehend hatte sich die Sache bis jetzt in Belgien und Deutschland eine aufrichtige Anhängerschaft erworben, nunmehr tritt aber auch Italien mit in die Reihe, um dieser heilsamen Neuerung ein weiteres Feld zu gewinnen. Wie kürzlich gemeldet wurde, sind nämlich 19 italienische Lehrer, geführt von einem Rathe aus dem italienischen Unterrichtsministerium, auf der Durchreise nach Schweden in Leipzig eingetroffen, um sich mit den dortigen Einrichtungen, welche den Handfertigkeitsunterricht betreffen, bekannt zu machen. Ursprünglich hatten dieselben an dem Kurjus an der Leipziger Lehrerbildungsanstalt Theil nehmen sollen; durch ein Mißverständnis über die Abhaltung dieses Kurjus hat sich aber das italienische Ministerium veranlaßt gesehen, sich mit dem Leiter der Sache in Schweden, Herrn Nääs, in Verbindung zu setzen. Die Herren haben in Leipzig von den verschiedenen, auf den Handfertigkeitsunterricht bezüglichen Einrichtungen genaue Kenntniß genommen und bringen ein lebhaftes Interesse für die Sache mit. Da es sich hierbei um eine offizielle Mission handelt, darf man voraussetzen, daß diese Reise nach Schweden von dem besten Erfolge begleitet sein und der Handfertigkeitsunterricht auch in Italien einen breiten und kräftigen Boden finden wird.

An Stelle des verhafteten sozialdemokratischen Zentral-Komitees in Berlin soll sich bereits ein neues gebildet haben. Thatsache ist, daß auf die Vereinsthätigkeit der sozialdemokratischen Arbeiter die Verhaftung des alten Zentral-Komitees einen beschränkenden Einfluß nicht ausgeübt hat; denn von Sonnabend bis Montag fanden wieder 20 Arbeiter-Versammlungen statt.

Mehrere Gewerfabriken in Suhl haben für die türkische Armee 500,000 Stück Seitengewehre anzufertigen. Ein höherer türkischer Offizier ist, der „Kreuztg.“ zufolge, seit einiger Zeit in Suhl anwesend.

Eine befremdende Nachricht bringt die „Kirchliche Korrespondenz“. Danach wurde in S., einem preussischen Orte mit vier Fünftel evangelischer und einem Fünftel römisch-katholischer Bevölkerung, entgegen dem früheren Recht und Brauch, durch das Landrathsamt am Tage vor Frohnleichnam der Bevölkerung bekannt gegeben, daß dieser Tag hinsichtlich aller Feld- und sonstiger öffentlicher Arbeit auch seitens der protestantischen Bevölkerung als öffentlich gebotener Feiertag zu behandeln sei. Der Gendarm hatte die strenge Weisung, die Zuwiderhandelnden zu Protokoll zu nehmen. Der landrathliche Befehl wurde auf ortsübliche Weise durch die Schelle des Polizeidieners bekannt gemacht und kam so unerwartet, daß viele nicht einmal mehr im Stande waren, für den unerwartet gebotenen Feiertag das erforderliche Futter für das Vieh vom Felde einzuholen. Die mitgetheilte Thatsache klingt so befremdlich, daß eine nähere Bezeichnung des Ortes und Kreises, in welchem sich dieselbe zugetragen haben soll, wünschenswert wäre.

Der russische Korrespondent der „R. Z.“ findet, daß die deutschen Warnungen vor dem russischen Papierbesitz ganz am Platze seien. „Es liegt“ — so schreibt er — „immerhin die Möglichkeit vor, daß der Schuldner Rußland dem Gläubiger Deutschland drohen könnte, unter gewissen Umständen seine in deutschen Händen befindlichen Papiere für werthlos zu erklären. Wenn auch an diese von den extremen panslawistischen Kreisen herbeigewünschte Maßregel zur Zeit nicht zu denken ist, so liegt die Frage immerhin darat, daß Deutschland mit ihr rechnen muß. Für Deutschland ist es somit sicherlich nicht von Vortheil, im Besiß so großer russischer Werthe zu sein, nur um der Genugthuung willen, die russischen Finanzen zu beeinflussen. Es ist dieses Verhältniß aber von zweifellosem Nachtheil für die gegenseitigen Beziehungen, denn der Schuldner liebt im Allgemeinen niemals seinen Gläubiger. Es wäre daher für die künftigen Beziehungen der beiden Reiche sehr erfreulich, wenn Deutschland, soweit es möglich ist, sich der russischen Werthe entäußerte. Der Sturm des Unwillens würde zwar hier zunächst noch größer werden, als er schon jetzt ist; aber nach und nach würden sich die Wellen des Zornes glätten und beide Reiche sich vollständig frei gegenüberstehen, ein Verhältniß, welches in hohem Grade wünschenswert wäre.“

Nach einem Telegramm des „E. T. C.“ aus Paris werden sich die Minister de Heredia, Barbey und d'Autresme morgen nach Havre begeben, um der Einweihung des Hafens in Bellot und des Kanals von Tancaurville beizuwohnen.

Die Regierung beschloß, der Kammer nach deren Wiederzusammentritt ein Gesetz betreffend die Beendigung der großen Arbeiten an der Seine und in Havre vorzulegen. Die Kosten für dieses Unternehmen betragen 100 Millionen Franks und sollen von der Handelskammer in Havre beschafft und vorgestreckt werden.

Nach einer Anordnung der Regierung soll der „Opera comique“ provisorisch das „Gaité-Theater“ zur Benutzung überwiesen werden.

Kapitän Sarauw, der sich augenblicklich in Kopenhagen aufhält, hat sich in einem Brief an „Politiken“ über die Gründe seiner Begnadigung wie folgt ausgelassen: 1) Durch die persönliche Fürbitte meiner Frau bei dem Kaiser wurde das Urtheil des Reichsgerichts in Zellengefängniß — icht Staatsgefängniß — umgewandelt, ohne Abkürzung der Strafzeit. 2) Weder unter der Anklage oder später habe ich in irgend welcher Weise Sympathien für Deutschland zur Schau getragen. 3) Ich habe weder durch

den Direktor der Strafanstalten zu Halle, noch durch irgend Jemanden der preussischen Regierung angeboten, meine „Mitschuldigen“ anzugeben. Diese waren entweder vor längerer Zeit ins Ausland gereist oder gleichzeitig mit mir verhaftet worden. Nur ein Einziger, welcher bisher der Aufmerksamkeit entgangen war, wurde unmittelbar nach gefälligem Urtheil verhaftet, weil er sich durch unvorsichtige Aeußerungen verdächtig gemacht hatte. Was meine Begnadigung betrifft, so wurde dieselbe auf Veranlassung des Direktors der Strafanstalten von dem preussischen Justizministerium beantragt; erſens, weil die Aerzte ein Gutachten dahin abgegeben hatten, daß ich durch die lange Beraubung der Freiheit in dem Grade physisch und geistig angegriffen sei, daß eine längere fortgesetzte Einsperrung meine Gesundheit vollständig zerstören würde und zweitens, weil das Ministerium es als im Widerspruch mit dem Humanitätsgefühl erachtete, daß meine Familie, welche durch das Borgehen der dänischen Regierung gegen mich, nach welchem u. A. meine Pension mir entzogen wurde, in eine hilflose Lage gekommen sei, noch länger ihre natürliche Stütze und ihren Ernährer entbehren soll.“

Wie der „Pester Lloyd“ wissen will, vermeidet die Antwort des Petersburger Kabinetts auf die Zirkularnote der Pforte vom 13. Juli bezüglich der Wahl des Prinzen von Koburg jede Erörterung über die Würdigkeit oder über die Qualitäten des Gewählten und beschränkt sich darauf, einfach den Standpunkt zu markiren, daß die gegenwärtige Regentenschaft und die gegenwärtige Sobranje in den Augen Rußlands illegal seien und demgemäß auch nicht die Eignung besitzen, eine legale Fürstenwahl zu vollziehen. Die französische Regierung hat ihrer Opposition ein anderes Mäntelchen umgehängt und findet, daß die Wahl der Sobranje vom 7. Juli deshalb zu beanstanden sei, weil an derselben auch die Deputirten Ostrumeliens theilgenommen und die Vereinigung Bulgariens und Ostrumeliens bisher noch nicht die volle Sanktion Europas besthe.

Zur Abwicklung der afghanischen Frage ist zu bemerken, daß dieselbe thatsächlich nicht unwesentliche Schwierigkeiten darbietet, welche nur durch ausgesprochen guten Willen beseitigt werden konnten. Man hätte selbst in den letzten Tagen vor Abschluß des Arrangements eine so nahe Verständigung, selbst in Kreisen, wo der Erfolg der Verhandlungen mit Bestimmtheit vorausgesagt wurde, nicht erwartet. Vor kaum einer Woche hatte es geradezu den Anschein, als ob die Verhandlungen an ein unüberwindliches Hinderniß gelangt wären, und das russische Kriegsministerium soll thatsächlich mit aller Macht auf das Scheitern der Negotiationen hingearbeitet haben. Der Chef des asiatischen Departements im Ministerium des Auswärtigen, Herr Stnowiew, welcher in der Kommission für die Grenz-Delimitation den Vorsitz führte, war, wie versichert wird, in der gleichen Richtung thätig. Es wird in diplomatischen Kreisen mit Bestimmtheit behauptet, daß angeſichts dieser Sachlage von allerhöchster Stelle in den Gang der Verhandlungen eingegriffen wurde und daß die Erzielung des Arrangements nur dieser Intervention zu denken sei. Eben auf dieser Thatsache basiren denn auch die diplomatischen Kreise ihre vorhin dargelegten Kombinationen. Daß Rußland, richtiger die maßgebendsten Persönlichkeiten Rußlands, ein nicht erwartetes und bemerkenswertes Entgegenkommen an den Tag gelegt haben, ist allerdings nicht zu leugnen. Hat doch Rußland seine Ansprüche auf das Amu-Darja-Ufer und die von England selbst seiner Zeit vorgeschlagene Grenzlinie an diesem Punkte aufgegeben, sowie auch auf Rechte, die es bezüglich verschiedener Strecken auf Grund der im Jahre 1873 mit England geschlossenen Vereinbarungen geltend machen konnte, Verzicht geleistet.

Ausland.

Wien, 26. Juli. Wie die „N. Fr. Presse“ erfährt, steht der Prinz von Koburg ungeachtet der Abreise der bulgarischen Deputation in überaus lebhaftem Verkehr mit der bulgarischen Regentenschaft; ein Verkehr, der nicht danach geartet ist, als ob der Prinz, so lange eine offizielle Antwort nicht erfolgt ist, seine Kandidatur als gescheitert ansieht. Die diplomatischen Verhandlungen über die Wahl des Prinzen zum Fürsten

